

Schlesische Volksstimme

Am Sonntag Werbeitag in Breslau!

Gegen den Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gründungsberichten:

"Der Rote Stern", "Der Kommunistische Gewerkschaftler", "Rote Hilfe",
"Die Kommunistin", "Der Genossenschaftler", "Tribüne", "Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (Währ 1920 erworben)

Hauptgeschäftsstelle: Breslau 10, Käthe-Kollwitz-Straße 10
Bremen, Bismarckstrasse 227. — Berlin: Karl-Liebknecht-Strasse 10
Stade 40. — Cöln: bei Grotiusstrasse 10. — Düsseldorf: Kaiserswerthstrasse 10
Göttingen: Bismarckstrasse 8. — Halle (Saale): Käthe-Kollwitz-Strasse 10
Hof: Käthe-Kollwitz-Strasse 10. — Kiel: Käthe-Kollwitz-Strasse 10
Lübeck: Käthe-Kollwitz-Strasse 10. — Magdeburg: Käthe-Kollwitz-Strasse 10
Münster: Käthe-Kollwitz-Strasse 10. — Nürnberg: Käthe-Kollwitz-Strasse 10
Osnabrück: Käthe-Kollwitz-Strasse 10. — Paderborn: Käthe-Kollwitz-Strasse 10
Stettin: Käthe-Kollwitz-Strasse 10. — Trier: Käthe-Kollwitz-Strasse 10
Wiesbaden: Käthe-Kollwitz-Strasse 10. — Würzburg: Käthe-Kollwitz-Strasse 10

Steuerraub mit Hilfe der GPD.

Ein Kompromiß zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten

(Eig. Drabk.) Berlin, 28. März,

Nach längeren Verhandlungen, die von den Regierungsparteien mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten sowie der wirtschaftlichen Vereinigung geführt wurden, ist es gestern abend zu einer Einigung in der Steuerfrage gekommen. Den Verhandlungen wohnte Reichsfinanzminister Dr. Reinholdt und zeitweise auch Reichsanziger Dr. Luther bei. Während die Deutschnationalen auf ihren weitgehenden Forderungen festhielten, kapiptierten die Sozialdemokraten und begrüßten sich mit dem leeren Versprechen, daß die 100 Prozent Friedensmiete nicht vor dem 31. Mai 1927 übertritten werden. Das neue Kompromiß soll dem Steuerausschuß vorgelegt werden, und die Regierung hofft, daß die endgültige Vorlage dann am Sonnabend an die Abgeordneten zur Vertretung kommen könnte.

Das neue Steuerkompromiß hält an der Umsatzsteuer in Höhe von 0,75 Prozent fest. Die Luxussteuer wird aufgehoben. Die Emissionssteuer wird zum wesentlichen nach den letzten Anträgen der Regierungsparteien unbedenkbaren Wünschen des Reichsfinanzministers festgesetzt. Beim Regierungskomitee Vermögenssteuer für die kleineren Vermögen. Weiter wird der Fall der Veranlagung der Vermögen für den 31. Dezember 1925 in der Weise festgelegt, daß zum Ausgleich der durchschnittlich eingetretenen Vermögensverminderung nur 75 Prozent verlangt werden. Die Weinsteuer wird aufgehoben. Die Biersteuer soll am 1. Januar 1927 in Kraft treten. Von einer Erhöhung der Eimersteuer bezüglich ist natürlich keine Rede. Es wurde lediglich versprochen, daß die Berechtigung zum Bezug der Unterflüssigkeit verlängert werden soll.

*

Nachdem die Sozialdemokraten das Lüderskabinett wieder mal getreift haben, sind sie auch zu allen Konsequenzen bereit, und scheuen nicht davor zurück, den neuen Steuerstand und den Raub auf die Taschen des arbeitenden Volkes durchzuführen. Den Großkapitalisten werden die 500 Millionen an Steuern geschenkt, während die Umlaufsteuer, die sich als Blutsteuer auswirkt, aufrechterhalten bleibt. Die Sozialdemokraten haben nicht einmal vermocht, die erst versprochene Herabniedrigung der Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent zu erreichen. Dafür aber wird die Umsatzsteuer aufgehoben.

Die Kommunisten haben von Anbeginn das Steuerentwicklungsprogramm Reinhards aufs stärkste bekämpft. Ehemal, weil es aus den Mehrerträgen der ins Ungeheuerliche gesetzten Majestätssteuern den Schlechtesten neue Steuergemüle von mehr als 500 Millionen machen

will, und weil dem gegenüber mit allem Nachdruck der sofortige Abbau der erdrückenden Massensteuern gefordert werden muß. Zum andern, weil das Gerude von der "Wiederanfertigung" der Wirtschaft mit Hilfe eines solchen Steuerprogramms nur Schwund sein konnte. Wie sehr diese Voraussezung berechtigt waren, beweis die seitdem eingetretene Entwicklung der glorreichen "Steuerreform" und das gestern geschlossene Kompromiß.

Reinhards Steuerentwicklungsprogramm hat lädiiglich Schiffbruch gemacht. Die Wünsche der Regierungsparteien, die unter dem Druck der Deutschnationalen handeln, haben das ursprüngliche Programm so durchlöchert, daß es nur noch ein innerlich zusammenhängloses Geviert von allerlei Vorschlägen und von allerlei Konzessionen an die verschiedenen Regierungsparteien darstellt. Die Bährische Volkspartei hat die Verfolgung der Biersteuererhöhung gegen den ausdrücklichen Widerstand des Finanzministers durchgelebt, unter der Drohung, daß sie sonst die Regierung purzeln läßt.

Die Kommunisten haben dem Regierungsentwurf "eines Gesetzes über Steueränderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage" Anträge gegenübergestellt, die zwar keine Erleichterung für das Großkapital, aber eine Erleichterung für die Millionen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern, kleinen Geschäftsmenschen usw. bedeuten würden. Die Kommunisten forderten: Vollkommen Belebung der Umsatzsteuer und des Verbrauchssteuer aufs Äußerste, Salz, Bier, Tabak, Besteuerung der Haushaltssumme zwecks Senkung der Mieten, Erhöhung der Landes- und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Körperchaftsteuer, damit die Länder und Gemeinden nach Aussall der Umsatzsteuer in die Lage versetzt werden, ihren Pflichten für die Erwerbslosenfürsorge zu genügen. (Wir werden die kommunistischen Anträge morgen veröffentlichen.)

Zu die Arbeiterschaft in Schlesien und Oberschlesien, insbesondere aber an die sozialdemokratischen Arbeiter, die in den letzten Wochen Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Klassengenossen gekämpft haben, richten wir die Aufforderung, alles daran zu setzen, um den Plan ihrer Parlamentarier zu durchtreten und die Annahme der Steuervorlagen zu verhindern.

Die 13 Millionen Männer und Frauen, die gegen das Fürstenpodd ihre Stimme erheben, werden mit der gleichen Entschiedenheit gegen die neuen Raubzüge auf ihre Taschen kämpfen.

Fort mit dem Reichstag der Fürstenrechte!

Fort mit dem Reichstag des Steueranbans!

Nieder mit der Luisenregierung!

Herr mit der Auflösung des Reichstages!

Das muß die Antwort aller Werltägen auf das schamlose Steuerkompromiß der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten seien.

"Vollwohlfahrt" vor dem Landtag

Der Landtag beschäftigte sich am Mittwoch nach der Erledigung einiger kleinerer Vorlagen mit dem Etat des Ministeriums für Volkswohlfahrt. Der Wohlfahrtsminister legte diesen Beratungen so wenig Wert bei, daß er bei den Reden überhaupt nicht zugegen war. Bemerkenswert war eine Attacke des Deutschnationalen Abgeordneten von Watter gegen die Krankensassen, die ihrer Auffassung nach zu viele Farbenzettel unterstülpen.

Genosse Bartels wies darauf hin, daß an dem an und für sich völlig ungereichten Etatsmittel für 1926 zur Volksgeundheit abermals Wohltüte in Höhe von 211 000 Mark gemacht wurden. Dabei ist das Aufgabengebiet der öffentlichen Gesundheitspflege nicht etwa verkleinert worden, sondern es wird infolge der Erwerbslosigkeit und des dadurch bedingten Dahinterbleibens weiterer Volkskreise von Tag zu Tag größer. Die Krankensassen können nur im geringsten Maße ihren Verpflichtungen nachkommen, da auf ihnen zu große Lasten für die Inhaftierung von Arzneimitteln und für die Befriedigung der Ärzte beruhen. In der Gesundheit der proletarischen Massen werden tagtäglich grauenhafte Verhütungen angerichtet. Um dies zu verhindern, wird zunächst einmal eine wirkliche Ernährung wäre die Schaffung menigenwürdiger Wohnstätten notwendig. Hierzu jedoch wird sich die heutige Preußische Regierung die acht Millionen für die Rentenvereine und nur 400 000 Mark für die Bekämpfung der Tuberkulose auslegen, niemals erfüllen können. Der Preußischen Regierung stehen die kleine und Unterhaltung von Luxuspferden für die im Etat neun Millionen eingesetzt sind, näher, als die Sorge für die Kinder und Jugendliche, wofür 400 000 Mark angelegt werden. Die proletarischen Massen werden unteren Kampf gegen die Regierung verstehen. (Besfall bei den Kommunisten.)

*

erner wurde in dieser Sitzung ein kommunistischer Antrag über die Polizeiprovokation gegen Erwerbslose in Han-

nover eingereicht. Zur Begründung sprach Genosse Schmitt, der die zahlreichen Zusammenstöße der letzten Tage feststellte. Genosse Obuda beantragte darauf, Severing sofort herbeizuholen, um den kommunistischen Antrag zu besprechen. Dem widerstrebte der Sozialdemokrat Heilmann und erreichte damit, daß der kommunistische Antrag dem Hauptauschluß überwiesen wurde.

Kommunistisches Richterentsolutum im Landtag

(Eig. Drabk.) Berlin, 26. März

Im Landtag wurde ein anlässlich der Etatsberatung gestellter Antrag, der der Regierung das Richterentsolutum mit 193 gegen 183 Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt.

*

Die Auseinandersetzung zwischen den Provinzen Niedersachsen und Oberschlesien

(Eig. Drabk.) Berlin, 26. März

Der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages beendete am Donnerstag die Beratungen des Gesetzes über die Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien.

Das angenommene Gesetz sieht die ungetrennte Erhaltung der Landesversicherungsanstalten, dagegen die Errichtung einer besonderen Landwirtschaftskammer für Oberschlesien vor. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den getrennten Provinzen erfolgt durch ein siebgliedriges Schiedsgericht. Das Gesetz tritt am 1. April in Kraft.

Vom Tage

Der Schlesische Landtag lehnte mit den Stimmen der rechtssozialistischen von den sozialdemokratischen Abgeordneten gestellten Antrag auf Auflösung des Landtages mit 80 gegen 27 Stimmen ab.

Nach einem Bericht aus Koblenz lagern an der Mosel insgesamt 437 560 Holzstöcke unverlaufen liegen. Die Crise von 1924 ist nicht zur Hölle verlaufen worden.

Hindenburg hat seinen Osterurlaub angestreten.

Das französische Budget für 1925 wurde in der Rämer mit 426 gegen 128 Stimmen angenommen.

Charlottenburg ist zum Ehrenbürger der Bonner City ernannt worden.

Zwischen der deutschen und der polnischen Regierung stehen Verhandlungen über die Einführung polnischer Wanderarbeiter in Deutschland statt.

Zwischen Polen und Rumänien ist ein Bündnisvertrag abgeschlossen und unterzeichnet worden.

Schweres Grubenunglück

7 Tage, 28 Schwerverletzte

(Eig. Drabk.) Oberhausen, 25. März

Auf Zeche „Oberhausen I/II“ ist der niedergehende mit Bergarbeitern besetzte Korb im Schachtkumpf aufgestochen. Der Korb war mit etwa 35 Mann besetzt. Von diesen sind wahrscheinlich sieben tödlich verunglückt. Mit den Bergungsarbeiten bei übrigen, teils schwer, teils leichter verletzten Bergleuten ist man noch beschäftigt. Der aufwärts gehende Korb war unbeteckt und ist gegen die Seilscheibe gezogen worden, wobei das Zwickengelenk gerissen ist. Die Bergbausiebörde ist an Ort und Stelle und hat die Untersuchung über die Ursachen des Unfalls eingeleitet.

Wie der Bergbauverein der Telegraphen-Union mitteilt, sind sechs oder sieben Bergleute tödlich verunglückt. Bei den sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten sind sämtliche Verletzen sowie 7 Toten bereits geborgen worden.

Ein freher Noske-Schwindel

(Eig. Drabk.) Hannover, 26. März

Zu dem Zusammenschluß zwischen Polizei und Erwerbslosen in Hannover ließ Noske durch T.U. eine Erklärung verbreiten, in der er behauptet, die Schule habe „nur ihre Pflicht getan“ und die kommunistischen Abgeordneten, die „die Massen vor die Gußmühlspülle der Polizei getrieben haben, seien mit mir zusammen an der Kaffeetafel.“

Dazu erklärt die „Rote Fahne“, daß der kommunistische Abgeordnete Thiel bei der Demonstration, obgleich er sich als Abgeordneter ausweisen konnte, von einem Polizeibeamten in der brutalsten Weise mit dem Gußmühlspülle geschlagen und sogar mit Verhaftung bedroht worden ist.

Diese Feststellung des Genossen Thiel's genügt zur Illustration der erbärmlichen Lüge des Blau-Noske.

Abführmittel statt Cholerabazillen

Die bürgerliche Presse berichtet:

Dresden, 25. März. In der heutigen Landtagssitzung erklärte der Minister des Inneren Müller, daß am Tage des Empfanges des Reichspräsidenten von Hindenburg in Leipzig drei bis vierhundert Leipzig und in Leipzig-Röhrsdorf stationierte Polizeibeamte plötzlich erschienen. Die meisten Beamten hätten am nächsten Tage ihren Dienst wieder verrichten können. Die Spießen seien dem Institut für gerichtliche Medizin zur Untersuchung überwiesen worden, wo festgestellt wurde, daß die Spießen nicht vergiftet waren, doch ihnen aber ein Abführmittel beigegeben worden war. Die Ergebnisse der Untersuchung seien der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Die „Dresdner Zeitung“, das Organ des Handelspalats, fügt zu dieser erstaunlichen Mitteilung von dem Darmstädter Grünen noch die Behauptung hinzu: „Immerhin liegt die Vermutung nahe, daß die Kommunisten hier zu einem neuartigen politischen Kampfmittel gezwungen haben, da ja nur sie ein Interesse daran haben könnten, daß sie bei ihren Kundgebungen gegen die Allgemeinheit Hindenburgs in Leipzig nicht allzu sehr geholt werden.“

Nach Ansicht der schriftsinnigen Schmids habt alle die Romantik in der Anwendung ihres Kampfmittel Sammelwaffen verloren. Während sie 1923 sich der Cholerabazillen bedienten, vergrößern sie jetzt nur harmlose Abführmittel. Wir gratulieren der bürgerlichen Presse zu ihrer Entdeckung und wagen uns in der Hoffnung, daß der Darmstädter der Grünen eine recht erstaunliche Leistungserklärung begegnen wird.

Die neue Lage in China

H. W. In den letzten Wochen hat die chinesische nationale Freiheitsbewegung einen erkannten Sieg erlöst. Es hat keinen Zweck, dies zu verschleiern. Aber ebenso wichtig wäre es, die Bedeutung der Niederlage zu überzeichnen. Die chinesische Nationalrevolution hatte in den letzten Zeit in wichtigen Zentren im Süden die Regierung von Kanton und im Norden das Gebiet der Volksarmee. Die Erfolge der Nationalbewegung im Norden waren überaus einbruchsvoller, weil sie auch in der Hauptstadt Peking errungen wurden. Aber wenn man die sozialen Kräfte wertet, die hinter der Bewegung stehen, muss man dem Süden eine viel größere Bedeutung zufordnen.

Die Revolutionärregierung in Kanton wird von dem linken Flügel der Partei Kuomintang getragen. Das heißt, sie steht auf die Massen der Arbeiter, Bauern und kleinen Intellektuellen. Die linken Kuomintang-Führer arbeiten einheitlich zusammen mit der KP Chinas. Diese südliche Revolutionärregierung ist durch die letzten Vorgänge überhaupt nicht betroffen worden. Sie steht militärisch und politisch absolut fest. Unter der Führung des revolutionären Generals Sihuanlin haben die Kantontruppen alle westgaribistischen Streitkräfte in ihrem Bereich vernichtet. Die Regierung von Kanton beherrscht nicht nur ihre Stammprovinz Kwantung, sondern sie hat ihren Einfluss auch auf mehrere Nachbarprovinzen ausgebreitet. Im ganzen wird ein Gebiet von ungefähr 100 Millionen Menschen politisch und militärisch von Kanton aus beeinflusst.

Wesentlich anders ist die soziale Grundlage der sogenannten Volksarmee in Nordchina, die in letzter Zeit geschlagen wurden. Die interessanteste Figur der Volksarmee ist General Feng Yuxiang. Er hat jederzeit gegenüber den ausländischen Journalisten gestanden, dass er irgend etwas mit dem Bölshevikismus zu tun habe. Schon sein demonstrativ betontes Christentum zeigte die amerikanischen Neigungen des Generals. Feng und seine Freunde verkörpern den linken nationalen Flügel des chinesischen Bürgertums. Immerhin waren sie genötigt, im Kampfe gegen die Imperialisten auch bei den Mittelschichten und Arbeitern Hilfe zu suchen. So hatte in Tientsin, der bekannten Großstadt Nordchinas, unter der Herrschaft der Volksarmee, die Arbeiterschaft legale Bewegungsfreiheit. In den letzten Monaten hat sich dort mit großer Schnelligkeit eine starke Gewerkschaftsbewegung entwickelt.

Der plötzliche militärische Umschwung zugunsten Tschangkholins und der reaktionären Militärpartei ist wohl nur so zu erklären, dass England und Japan tief in ihre Klassen gegriffen haben. In China treiben sich viele Hunderttausende demoralisierte Soldaten herum, die jedem gehören, der sie gut bezahlt. Aus diesem Reservoir konnte offenbar die Tschangkolin-Partei schöpfen.

Wie weit der militärische Umschwung geht, ist noch nicht klar. Die Westgaribisten haben Tientsin zurückerober und bedrohen Peking. General Feng selbst soll in Urga, der Hauptstadt der mongolischen, mit Sowjetrußland verbündeten Republik eingetroffen sein. Das würde bedeuten, dass er zunächst den Kampf aufgibt.

Für unserer chinesische Bruderpartei, die KPCh, die im letzten Jahre unter ungemeinen Schwierigkeiten, aber mit großen Erfolgen gearbeitet hat, bedeutet die neueste Wendung eine ernste Prüfung. Unsere Genossen in Tientsin und Peking sind nunmehr allen Schreden des weißen Terrors ausgelebt. Aber in China ist sowohl die proletarische Klassenbewegung als auch die nationale Revolutionsbewegung heute stark, dass sie durch örtliche militärische Rückschläge nicht gebrochen werden können. Tschangkholins Siege werden ebenso vorübergehend sein, wie seinerzeit die Siege Rotschlags in Sibirien und am Ural. Die Rückständigkeit der breitesten chinesischen Volksmassen bedingt einen schwierigen, von Rückschlägen unterbrochenen Gang der nationalen Freiheitsbewegung. Je offener die Tschangkolin-Eigne als Agentur Englands und Japans auf den wird, um so schneller wird sie zusammenbrechen.

Englisch-japanisch-amerikanische Einheitsfront in China

Von Karl Radek

Dieser Artikel des Genossen Radek ist von den letzten Ereignissen in China geschrieben. Er geht aus von der gemeinsamen Rolle der "Mächte" anlässlich der Beschiebung ausländischer Schiffe an den Taku-Toren.

In den Kampf der Volksarmee gegen Tschangkolin haben sich von neuem imperialistische Kräfte eingemischt. Während der Sieg Tschangkholins über Kuojunglin in der Mandchurie das Ergebnis der Hilfe war, die Tschangkolin durch die japanische Einmischung erzielen worden war, haben sich jetzt bei dem ersten Kampf, der sich zwischen den Heeren Tschangkholins und den Volksarmeen bei Tientsin abspielt, alle imperialistischen Mächte eingemengt. Tschangkolin bemüht sich eine Bandung im Süden der Heere Tsenganhkangs beim Hasen-Tau vorzunehmen. Es versteht sich von selbst, dass die Volksarmeen dies verhindern wollen, indem sie auf die Transporte mit Soldaten Tschangkholins das Feuer eröffnen. Es versteht sich von selbst, dass sie zugleich genötigt sind, hauptsächlich zu trachten, alle Schiffe die Einsicht nach Tientsin zu verwehren; denn man kann in einer Zeit des Kampfes nicht entscheiden, auf welchem Schiff sich Soldaten von Tschangkolin befinden.

Die imperialistischen Mächte haben dagegen protestiert, indem sie sich auf das Boxerprotokoll des Jahres 1900 beogen, das China verpflichtet, ihnen freie Fahrt nach Tientsin zu gewähren, und ihnen die Verbindung mit Peking zu sichern. Die Rolle der imperialistischen Staaten mit Drohungen einer bewaffneten Intervention falls Fehngeschweng nicht auf Schutzmaßnahmen beschränkt, die eine unmittelbare Unterstützung Tschangholins, denn es ist klar, dass die Volksarmeen, die auch gegen die Truppen Tschangholins, die von Norden her angreifen, und gegen die Truppen des Agenten Tschangholins, des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Schantung, die von Süden her angreifen, Kampf führen, beim Erreichen von Streitkräften Tschangholins im Süden in eine katastrophale Lage geraten würden.

Die Rolle der Verbündeten bezeichnet einen diplomatischen Sieg des britischen Imperialismus. In seinem Bestreben zur Herstellung der Ordnung in China" begegnet der britische Imperialismus zwei Handlungen. Das erste ist die Tatsache, dass dem britischen

Gouvernement die Macht ist, die auf diesen Schiffs in Peking in China zu haben. Das zweite ist die Macht der Nationalen Revolution. Das eine Gouvernement ist die britische Imperialisten, welche im Süden und im Norden das Gebiet der Volksarmee. Die andere Macht ist die Nationalrevolutionäre Armee von China, welche im Süden und im Norden nicht nur gegen Tschangkolin, sondern auch gegen die anderen Kräfte, die gegen die Volksarmee eingeschlagen sind, die im Süden eines Sieges über die Volksarmee Tschangholins gekattet, die Unabhängigkeit Chinas zu zerstören, wobei Nord- und Mittel-China unter der Führung Kuojunglins zerstört werden würde. Dies wurde das Eisenbahnen Großbritanniens im faszinierenden Erfolge errungen, die Mandchurie unter Japan bedient, gebettet durch die Herrschaft Tschangholins, während in Nord- und Mittel-China Weißrussland sowie die russischen Großfürsten als auch Japan zu wählen hätte.

Was die Unmöglichkeit solcher Handlungen Großbritanniens betrifft, so ist sie sehr leicht bei dem letzten Konsult im Kanton herzugehen. Großbritannien hatte den Boden sondiert, ob andere Mächtige Handlungen zulassen würden, die einen bewaffneten Feldzug gegen die Regierung von Kanton zum Ziel haben. Da aber diese Handlungen vor allem eine langandauernde Blockade Kantons erfordern, was der Schiffahrt und dem Handel Japans und der Vereinigten Staaten beträchtlichen Schaden zugefügt hätte, so gelangt weder Japan noch die Vereinigten Staaten einen starken Wunsch, Großbritannien zu unterstützen.

Die letzte Note trägt aber auch die Unterschrift der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Agentur "Associated Press" teilt mit, dass die Vereinigten Staaten tatsächlich geneigt sind, sich einzumengen — wenn es die Lage erhebe, auch mit bewaffneter Gewalt. Eine derartige Einmischung der Vereinigten Staaten würde eine Annäherung der amerikanischen Politik an die britische und legte Endes auf die japanische bedeuten. Der als amerikanischer Sachverständiger in Angelegenheiten des fernen Ostens bekannte Redakteur der "China Weekly Review" und Chinalorepondent der "Newyorker Times" schreibt die sich bemerkbar machende Annäherung der Vereinigten Staaten an die imperialistische Intervention dem Einflusse der drei

großen imperialistischen Mächte zuschreiben. Das sind die Vereinigten Staaten, Japan und Großbritannien. Diese drei Mächte sind die Basis der imperialistischen Macht, welche in China besteht.

Quasi die drei großen Mächte sind die Basis der imperialistischen Macht, welche in China besteht. Das ist die Basis der imperialistischen Macht, welche in China besteht. Das ist die Basis der imperialistischen Macht, welche in China besteht.

Quasi die drei großen Mächte sind die Basis der imperialistischen Macht, welche in China besteht.

Quasi die drei großen Mächte sind die Basis der imperialistischen Macht, welche in China besteht. Das ist die Basis der imperialistischen Macht, welche in China besteht.

Die größte Verantwortung trifft die britische Arbeiterspartei. Sie wird eine mächtige Kraft sein, wenn sie es wollen wird. Sie muss verstehen, dass es sich um nicht als ein rein politisches einen Krieg handelt, der gegen die chinesische Revolution geführt ist. Es handelt sich um den Kampf gegen die Verbreitung eines starken imperialistischen Feldzuges. Mögen sich die britischen Arbeiter darüber stützen, dass die bewaffnete Einmischung der imperialistischen Macht in China eine ungeheure Volksbewegung hervorrufen wird. Wenn unter dieser Bewegung britische und andere in China lebende Kaufleute Schaden erleiden werden, werden die Imperialisten eine gewaltige Agitation für einen Angriff auf China in einer breiten Front entfalten. Aber schon wenn es den Imperialisten gelänge, zu einem Einvernehmen bei dem Angriff auf China zu gelangen, so werden sie morgen, bei der Zeitung der Beute, sicherlich in Streit geraten. Der gelöste ferne Osten hat einen Pauschalier dar. Wer in der Nähe dieses Pauschaliers einen Streichholz anzündet, läuft Gefahr, eine Explosion heranzuziehen, die sich nicht auf den fernen Osten beschränkt wird. Die Lage verlangt die aktive Einmischung nicht nur aller Freunde der chinesischen Revolution, sondern auch aller Freunde eines neuen imperialistischen Krieges.

Die Ergebnisse der Tagung des Erweiterten E.R.C.I.

Die "Pravda" vom 16. März veröffentlichte folgenden Bericht: Die Arbeiten der Sechsten Tagung des Erweiterten Executive Committees der Kommunistischen Internationale sind zu Ende. Sie hatte auf eine Reihe außerordentlich komplizierter Fragen Antwort zu geben, die sich aus der Eigenart der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage und aus den spezifischen Zügen der Lage der heutigen internationalen Arbeitersbewegung ergeben. Das Erweiterte E.R.C.I. fasste die Ergebnisse des durchgesetzten Weges zusammen, zog die Bilanz aus den Errungenschaften aller Sektionen der Kommunistischen Internationale und zeigte die Hauptlinien für die künftige Arbeit auf.

Der Ausgangspunkt für die Einmischung der gegenwärtigen Lage, für die Vorzähnung der allgemeinen Peripherie und der konkreten Aufgaben der einzelnen Sektionen ist unstrittig die Kennzeichnung der Stabilisierung. Die Frage der Stabilisierung des Kapitalismus ist jene Frage, um die sich, wie um eine Art, alle anderen allgemeinen und besonderen Kräfte des revolutionären Kampfes des internationalen Proletariats und seines leitenden Teiles, der Kommunisten bewegen. Und das Erweiterte E.R.C.I. anerkannte und bestätigte neuerdings, dass wir die Arbeit unter den Verhältnissen einer Stabilisierung zu führen haben. Diese Stabilisierung ist relativ Charakter. Aber sie ist immerhin vorhanden und unsere Bruderparteien müssen sich ihr tatsächlich anpassen. Diese Stabilisierung beruht letzten Endes auf der Kraft und auf der Feindseligkeit des Kapitalismus der Vereinigten Staaten von Amerika. Letztere werden immer mehr und mehr zum imperialistischen Diktator der Gegenwart. Auf dem Wege von Kredit-, Einprägungen in den allgewordenen Organismus des kapitalistischen Europa, "bedienen" die Vereinigten Staaten letzteres teilweise und nehmen es ins Schlepptau.

In der allgemeinen Linie der Stabilisierung gibt es jedoch

und dies darf auch nicht einen Augenblick vergessen werden — leichte wechselseitige Abweichungen. Eine Niederlage auf einem außerordentlich wichtigen Teilstück der "Stabilisierungs"-Front ist die Sacklage im Osten, in den kolonialen und halbkolonialen Ländern der West. Im Zusammenhange damit stehen zweifelsfrei die großen Erfolge der chinesischen Kuomintang-Partei. Niederlagen der Stabilisierung gibt es auch auf dem europäischen Festlande. Die Sacklage in Polen und in Frankreich ist eindeutig Zeuge dafür.

Ein wenig weniger intensiv, aber immerhin offensichtlich genug, zeigen sich die Kräfteprozesse der Sowjetunion und der Degradierung in Großbritannien. Es ist nicht's Verwunderliches daran, dass es dem britischen Kapitalismus trotz des Verlustes der Hegemonie auf dem Weltmarkt, trotz des veralteten Produktionsapparates, trotz der wirtschaftlichen Opposition der Dominions, trotz der Schwäche des britischen Kohlebergbaus gelingt, sich immer noch auf den Beinen zu halten. Der Kapitalismus Großbritanniens ist brüchig, aber er ist bis jetzt noch ein mächtiger Organismus. Die britische Bourgeoisie ist überdies erfahrener, weitsichtiger und geschickter als die Bourgeoisie vieler anderer Länder. Und dennoch sind die Erfolge der britischen Kommunisten groß. Die zahlenmäßig kleine Kommunistische Partei Großbritanniens hat es vermocht, beträchtlichen Einfluss zu gewinnen. Sie hat ein Beispiel davon gegeben, wie notwendig es ist, sich mit den Massen zu verbinden, in den Gewerkschaften zu arbeiten, in Taten und mit Erfolg die Taktik der Einheitsfront durchzuführen, sie hat den britischen Reaktionären nicht wenig Schlagkraft bereitgestellt.

Das Werk der Bolschewisierung der Parteien, die der Kommunisten angehören, hat sich weit vorwärtsbewegt. Die Bolschewisierung wurde und wird mit Erfolg durchgeführt, trotz der öffentlichen Schwierigkeiten der Partei, trotzdem die Bruderparteien nicht eine lange geschäftliche Lehrerziehung des Bolschewismus befreien, über die die Kommunistische Partei des Sowjetunion verfügt. In einigen Ländern, in denen die — wie in Deutschland und Italien — bereits sowohl gelangt sind, zum Schauspiel einer revolutionären Schlacht und Kämpfen zu werden, ist der Bolschewismus immer vor sich gegangen.

In anderen Ländern — wie in Frankreich und in der Tschechoslowakei — ist er langsam vor sich gegangen mit größeren Schwierigkeiten. Aber schon jetzt kann gelagt werden, dass alle kommunistischen Parteien weiterhin bolschewistisch reisen werden, als sie es früher waren. Und gerade deshalb steht im besonderen die Frage der Heranziehung aller kommunistischen Parteien zur aktiven Arbeit im E.R.C.I. sehr viel aktueller als vorher. Alle unsere Parteien müssen den täglichen Anteil an der Leistung der Kommunistischen Internationale nehmen.

Den Erfolgen der Bolschewisierung widersetzt durchaus nicht die Tatsache, dass die Sechste Tagung des Erweiterten E.R.C.I. einen entschiedenen Kampf gegen Abweichungen in den Reihen einiger Sektionen zu führen hatte. Abweichungen sind mit dem Anwachsen und der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien unvermeidlich verbunden. Die Kompliziertheit der heutigen Lage, die Schwierigkeiten der Parteiarbeit, die Schwierigkeiten der Parteileitung müssen in einigen ungeliebten Erscheinungen in einzelnen Parteien zum Ausdruck gelangen. Gegen diese Abweichungen wird die Kommunisten einer entscheidenden Kampf führen. Sie müssen den Sektionen helfen, diese Abweichungen zu überwinden.

Wie wurde auf dem Erweiterten E.R.C.I. die Frage des Kampfes gegen die Abweichungen gestellt? Welche Abweichungen sieht die Tagung als gefährlicher an: die linken oder die rechten? Die Tagung gab auf die letztere Frage keine Antwort, weil es unmöglich ist, eine solche zu geben. Die Tagung wies darauf hin, dass man den Kampf gegen Abweichungen immer konzentriert stellen muss, immer in Abhängigkeit von den Umständen, in Abhängigkeit von der Lage des betreffenden Landes und der betreffenden Partei. In Frankreich ist die rechte Abweichung gefährlicher, dort muss man einen Schlag gegen sie führen. In Deutschland hingegen muss das Feuer gegen die linke Abweichung eröffnet werden, dort ist die Abweichung Scholens und anderer unvergleichlich gefährlicher.

Beide Abweichungen haben trotz ihrer äußerlichen Gegensätzlichkeit irgendwelche gemeinsame verwandte Züge. Ganzwohl die "Rechts"-Krankheit wie auch die "Links"-Krankheit in der internationalen kommunistischen Bewegung beruhen durch und durch auf mangelndem Zutrauen zu den Kräften und Möglichkeiten der Kommunistischen Internationale auf Sceptizismus in bezug auf die Aussicht der Arbeit der eigenen Parteien, auf mangelndem Glauben an die sozialistischen Möglichkeiten der Sowjetunion auf Richtverstehen dessen, dass die Sowjetunion ein Stützpunkt des internationalen Sozialismus ist. Daher die Redereien über Elemente von "Asiatentum" in der Linie der Kommunisten, daher die überflüssige, pseudorevolutionäre Perversion, der Hochmut, daher die Redereien über den angeblich in Vorbereitung befindlichen Einstieg der Sowjetunion in den Börsenbund usw. Daher die Bildungsbewegungen entweder nach links zu blinder "linker" Draufgängerei oder nach rechts zu Schachergeschäften mit den Reformisten.

Die Kommunisten hat mit Erfolg den Kampf gegen beide Abweichungen geführt und wird dies auch weiter tun. Sie wird zum Schiedsgericht der internationalen Bourgeoisie diese Abweichungen überwinden. Aus der Sechsten Tagung des Erweiterten E.R.C.I. sind unsere Bruderparteien als noch gefestigte, als noch geflügeltere Reihen bolschewistischer Parteien hervorgegangen, als sie es früher waren.

Aus den Gewerkschäften

Die Wahlen der Sozialdemokratischen Partei zum Vorstand des BVB.

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Zum 21. März 1926 nahm eine Zahlstellenversammlung in

der BVB-Zentrale eine Beschlusssitzung des Betriebsrates

und beschloß folgende Entschließungen:

1. Zu § 11 Abs. 2 ff. die Abberufung davor vorgenommenen

habt aus jedem Wahlkreis aufzunehmen sind, welche früher in

den im Statut vorgeschriebenen Berufen tätig gewesen sind

und darf eine Wahl in öffentlichen Diensten eine vorbereitete

soziale Gruppe ergeben (Hochbau, Sandtag, Kommune)

und den Ausschank der Kellerei weiterhin führen.

2. Zu § 4. Dem Wahlgebiet, welche aus anderen hunderten

Organisationen in unsern Verband durch Übereinkunft

vereinbart sind, soll neben den im Statut vorgesehenen Rechten

des Stadts zur Wahl als Buntkandidat eingetragen werden,

wobei das die Wahlzeit von 2 Jahren im Verband erfolgen

sollte.

3. Zu § 8 Abs. 2: Es soll heißen: Ausgeschlossene müssen

auf Antrag einer Zahlstelle wieder aufgenommen werden, wenn

der Antrag durch Wirtschaftsbeschluss bei einer Mitgliederversammlung angenommen wurde. Der übrige Teil des Absatzes ist

zu streichen.

4. Zu § 14: Der Abs. 6 ist zu streichen und an dessen

Stelle zu setzen: Wird ein Kamerad von der Zahlstelle, welcher

die Fähigkeit und das Vertrauen besitzt, für eine Verbandsfunktion gewählt, so muß derselbe ohne Rücksicht auf die Mit-

gliedschaft für die Funktion zugelassen werden.

5. Zu § 25: Abs. 7 ist zu streichen, weil der Vorstand

gegen die Beschlüsse einer Konservenkonferenz nicht vorgehen kann.

6. Zu § 28: Abs. 3 ist dahin abzuändern, daß bei Arbeits-

einschlüssen, die vom Vorstand nicht genehmigt worden sind,

der Berechtigung die Ortsverwaltung aber anerkennt, die

Unterstützung zu erhalten ist.

7. Zu § 43: Abs. 2 ist abzuändern: Die Bezirksleitung

wird alljährlich durch Urwahl neu gewählt. Die Vorschläge

zur Wahl der Bezirksleitung müssen durch die Zahlstellenleitungen

noch gewählt werden, und nicht durch die Bezirks- oder

Zahlstellenleitung bestimmt werden.

8. Zu § 48, Abs. 3: Die Delegierten für alle Ver-

bandskonferenzen müssen jedesmal durch die Zahlstellenversammlung

noch gewählt werden, und nicht durch die Bezirks- oder

Zahlstellenleitung bestimmt werden.

9. Zu § 47: Der Abs. 5 ist ganz zu streichen.

10. Zu § 48: Der Abs. 6 ist ebenfalls zu streichen, weil

der Absatz der Demokratie widerspricht. Eine rechtmäßig ge-

mählte Ortsverwaltung muß unter allen Umständen vom Vor-

stand anerkannt werden.

11. Zu § 52 Abs. 2: a) Die Zahl der Delegierten zur Generalversammlung darf sich nicht auf 150 Mitglieder beschränken, sondern auf je 100 Mitglieder muß ein Delegierter zugelassen werden. b) Zur Durchführung der Wahl bildet jeder Geschäftsbereich des Verbands einen Wahlbezirk. In diesen werden die auf den Bezirk entfallenden Delegierten in geheimer Urwahl gewählt. Alle Zahlstellen sind berechtigt. Vorschlagslisten einzureichen. Liegen mehr als eine Liste vor, so soll nach der Verhältniswahl verfahren werden. Ebenso müssen die Delegierten zum internationalen Bergarbeiterkongress durch Urwahl gewählt werden.

12. Das Statut ist dahingehend abzuändern, daß auch erwerbslose Kollegen, die den Willen haben, sich im BVB zu organisieren, die Möglichkeit der Aufnahme und einer geringeren Beitragsleistung erhalten.

Des weiteren wurden folgende Anträge an die Generalversammlung befürwortet:

1. Es ist vielfach vorgekommen, daß Mitglieder, die einer Bezirks- oder Zahlstellenleitung unbehaglich waren, ganz einfach ausgeschlossen wurden, ohne daß man mit dem Ausdruck nach dem Statut verfahren war. Die Generalversammlung sollte befürworten, daß alle ausgeschlossenen sogenannten "opportunistischen" Mitglieder, welche kein großes Vergehen (wie Unterdrückung von Verbandsgeldern usw.) schuldig gemacht haben, reiflos wieder in den Verband aufgenommen werden.

2. Die Generalversammlung soll bei der nächsten Tagung die Schaffung eines Industrieverbandes für den Bergbau beschließen. Der Hauptvorstand wird beantragt, mit den örtlichen und Hoch-Duisdorfer Verbänden Verhandlungen zwecks Vereinigung aufzunehmen mit dem Ziel, im Deutschland einen einzigen Bergarbeiterverband zu schaffen. Lehnen die genannten Verbände die Vereinigung ab, so muß auch jede Zusammenarbeit mit ihnen in Zukunft abgelehnt werden.

3. Der Vorstand wird beantragt, alles zu verhindern, um einen Reichsobmann darzustellen. Die bezirksweise Lohnregelung ist abzulehnen, weil dadurch die Strafhaft der Bergarbeiter gefordert wird.

4. Die Generalversammlung soll sich auch hauptsächlich mit der Durchführung der Betriebsförderung des Bergbaus und seiner Rahmenregelung befassen.

Die Hungerkämpfe der Bedienungsarbeiter

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Der Sozialdemokratische Verband war für den 21. März, zumindest

2 Uhr, eine Arbeitnehmerkundgebung der Sächsischen und Thüringeren einberufen, welche für Friede befürchtet war. Der Referent führte aus, daß noch 40 Prozent Arbeitnehmer, 40 Prozent Bergarbeiter in Sachsen und Thüringen vorstanden sind und noch ca. 20 Prozent der Arbeitnehmer in Thüringen keine Lust, die Wahl zu legen, welche noch in Arbeit stehen, liegen am Hungerkampf, bei bei

Arbeitsniederlassung beobachteten. Die großen Schäftsbezirke im Sachsenland sind zur Ausstellung in Dresden. Es forderten bislang in der Gewerkschaftsfront einen Pauschalbetrag von nur 30 Prozent, der Gegenpart des Arbeitnehmerkundgangs lehnte auf einen Pauschalbetrag von 10 Prozent, die Berliner jedoch nicht, gespannt durch die Kollegenschaft, die einen Schäftsbezirk präzisierte, da in Berlin selber nur 15 Prozent der Kollegenschaft ausgestattet sind.

Im Berliner Bereich für Sohlen 10 Pf. bis 120 Pfund gesetzte, Schäftsbezirk gar bloß 40–45 Pf., insofern liegen eine Schäftsbezirk vor bei Schäftsbezirk. Das bedeutet heißt es in der Schäftsbezirk mit den Schäftsbezirk, Gewerkschaftsfronten, da in der Schäftsbezirk auf die Heimatwerkerinstitut für die Dresdner Gewerkschaften mit allen Schäftsbezirk werden 120–140 Pfund, für ein Dutzend weitere Gewerkschaften 8 Pf. Es kommt bei den heimatlichen Schäftsbezirk nur 2 Pf. in Frage. Der Lauf der Sozialdemokratischen Front in Berlin und Bielefeld vor 1926 65 Pf. Bloß heißt dies im Sozialen Bereich Städte für 21 Pf.

Es, so daß der Tarif ausgetragen wird. Im Mai waren über 1000 Schäftsbezirk im Sachsenland und Thüringerland, heute hat es nur noch weniger. Die Mitglieder der Front aus den Gewerkschaften sollen hier nicht unterstellt werden. Die Kollegen berichten, die Hungerkämpfe.

Als erster Droschkenrechner schreibt Kollege Jacob seine Erfahrungen beim kleinen Unternehmen. Der Kollege Jacob berichtet die Zustände bei der Firma Weissen Godes, Obere Straße. Ein Kollege, welcher als Schneider beim Uebel & Theodor Milt war, berichtet die dortigen Zustände, welche auch viel wie die geplante "Schäftsbezirk" prellen. Kleidchen im Alter von 15–17 Jahren wollen die Männer anziehen, welche in den Unterhosen vor ihnen haben. Was dann noch so dran und dran ist, kann sich aber nicht leicht entfernen. Schneider werden nicht eingestellt. Es wurde auch festgestellt, daß es der Zwischenmeister Adolf Lehming, Alsenstraße 88 III, die Schäftsbezirk im Zwischenmeisterverband empfugt, und zwar will selbst den Tariflohn Jutland zwischen Zwischenmeistern und der Kollegenschaft herabführen. Gerade Lehming hat dies nötig, welcher nicht einmal den Näherinnen den Tariflohn gezeigt hat, wo er die Woche einen Werklohn von 300–500 Mark für sich hatte. In der Kollegenfront wird diese Werkstatt als "Anschneidehöhle" bezeichnet, von 6 Uhr bis abends 6 Uhr wird geschuftet. Leider gibt es auch da wieder Kollegen, welche die Schäftsbezirk unterstützen möchten nur an den „Kollegen“ Schäftsbezirk erinnern, welche 15–17 Stunden arbeiten. Leider haben die Näherinnen es noch nicht verstanden, energisch gegen so eine Ausbeutung Stellung zu nehmen. Man sieht, wie der örtliche Schäftsbezirk mit dem Zwischenmeisterverband Hand in Hand arbeitet. Die Werkstatt ist bis auf eine Näherin still, welche bei den Christen organisiert, trotzdem hat der Verband seinen Näherinnen noch nicht zu seinem Recht verholfen. Ebenso ist es eine Selbstverständlichkeit von Lehming, den Tariflohn zu zahlen, zumal er zweiter Vorstand des Zwischenmeisterverbandes ist. Er gehört also zu den „berufenen“ Vertretern.

Darum Kollegen und Kolleginnen heraus aus den örtlichen Gewerkschaften, hinein in die Kampffront der Arbeiterschaft, der freien Gewerkschaften, kämpft gegen die Unterdrückungsmethoden der Unternehmer, insbesondere jetzt der geplanten Belastigung des Tarifs der Zwischenmeister. Die freie Gewerkschaft wird den Kampf gegen den Willkür der Zwischenmeister und dessen Schäftsbezirk. Adolf Lehming rätsellos ausnehmen; darum heißt Kollegen, Kolleginnen, an euch liegt es jetzt, treten in die freien Gewerkschaften.

Erwerbslose Kollegen und Kolleginnen zählen beim Eintrittsgebühr und haben 15 Wochen keine Marken zu zahlen, nach 15 Wochen tritt ein kleiner Beitrag von 25 Pf. in Kraft.

Ein schlechter Schiedspruch für die Breslauer Angestellten

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Nach monatelangem Verhandeln kam jetzt endlich ein Schiedspruch für die Breslauer Angestellten zustande. Der Angestellte Nr. 6 berichtet darüber folgendes:

„Es bleibt also zunächst bei den bisherigen Gehältern. Nur bei Firmen in besonders schwieriger wirtschaftlicher Lage kann vorübergehend unter Mitwirkung der Gewerkschaften und gegen die geplanten Belastigungen des Tarifs der Unternehmen, insbesondere jetzt der geplanten Belastigung des Tarifs der Zwischenmeister mit den Betriebsangestellten eine Abweichung von den Tarifgehältern vereinbart werden. Ebenso erreichten die Arbeitgeber, daß dem Einzelhandel zugesagt wurde, daß die Angestellten sich nicht gegen eine Freigabe der Sonntage vor Oster- und Pfingsten einzlegen.“

Der Schiedspruch zeigt, daß die Organisationsvertreter wieder einmal, wie schon so oft seit 7 Jahren, die Politik des „kleinen Nebels“ getrieben haben. Sobald wir die genauen Vereinbarungen kennen, werden wir uns ausführlich über den

Abweichungen austauschen. Dabei wird auch etwas zu der Zahlung des Tarifs, mehrere Wiederholungen zu sagen sein.

Was hat tatsächlich in über die dreimal gesetzte Werktagszeit zu vermerken, daß die Willkürüberforderung des Breslauer Schäftsbezirk ausgeschaltet wurde, bis doch noch immer über Annahme einer Abteilung des Schäftsbezirk zu entscheiden sei. Nicht der kleine Kreis der Tarifkommission oder die Gruppe ihrer Freigruppe entscheiden allein über solche wichtige Fragen.

Ober haben die Kollegen Karchbold und Kremer eingefordert, dass der Tarif der Mitglieder?

Die Breslauer Metallarbeiter für die Farbenkämpfen der Gewerkschaften

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

In der am 20. März abgehaltenen Metallarbeiterversammlung referierte Kollege Buse vom Hauptvorstand aus Stuttgart über das Thema „Die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Entwicklung“.

In anderthalb Stunden Reise führte der Referent die ganz falsche Einstellung unserer Unternehmert nach dem Regierung gegenüber der Auslandskonkurrenz, demgegenüber die gesunkenen Auflagen der Massen. Er sprach dann weiter über die bevorstehende „Nationalisierung“ der Wirtschaft nach amerikanischem und englischem System. Er forderte die Kollegen auf, alle Kräfte anzuspannen, um auch den letzten Mann für den Verband zu gewinnen, da nur eine geschlossene Organisation die Arbeiterschaft in Zukunft vor Schaden bewahren kann.

In der darauffolgenden Diskussion forderte ein erwerbsloser Kollege von dem Referenten klare Stellungnahme zur Erwerbslosenfrage und die Einberufung von Erwerbslosenlongressen, um eine Verbindung herzustellen zwischen den in und außerhalb der Betriebe Stehenden und den Vorberührungen der Erwerbslosen genügend Hinterhalt zu bieten. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, wenn in den bevorstehenden Kämpfen die Erwerbslosen, durch die Not gewungen, nicht als Lohnbrüder auftreten sollen, wofür wir schon heute Beweise haben. Dazu erklärte der Referent, daß der ADGB, bei der Regierung bereits wegen Erhöhung der Unterstützungen vorstellig geworden sei.

Erwähnenswert ist noch, was der Referent über Russland sagte. Hatte er vorher lobend hervorgehoben, daß das riesige

geschmähte Rußland, es, entgegen Deutschland, verstanden hätte, sich trotz des Bonfoffs der anderen neuen Handelswege zu erschließen, so änderte sich das in der Diskussion. Er erzählte, Sowjetrußland sei heute drauf und dran, den Kapitalismus

viel krasser wieder heraufzurufen, als er gegenwärtig in Deutschland ist (?), daß die Russen sich deutsche und englische Direktoren zur Verwaltung ihrer Fabriken halten, daß sie selbst nicht mehr weiter könnten (?). Herr Buse kennt von bürgerlichen Blättern sehr gut informiert zu sein. Aber nur sehr wenige werden ihm das glauben und bereits wird der Volkswall, der um Sowjetrußland errichtet war, zerstört. Während die ersten Opfer der „Nationalisierung“ bereits in Form von Millionen Erwerbslosen auf der Straße liegen, erklärt man höheren Orts die Forderungen derselben für Unzinn. Arbeiter, merkt euch das! Bedauerlich ist heute bloß die Unifferenziertheit der Arbeiterschaft, die sich auch hier in dem kleinen Verbindungsbeispiel ausprägte, woran aber viel Schuld die Gewerkschaftspolitik der letzten acht Jahre trägt.

Aus Betrieb und Werkstatt

Die Erwerbslosen und Erwerbstützigen in einer Front

(Von einem Arbeiterscorrespondenten.)

Die Mittelschicht Erwerbslosen waren am 23. März aufmarschiert, um für ihre Forderungen und gegen das kapitalistische Elend zu protestieren. Auf der Kundgebung wurde nach einer Ansprache des Genossen Böhni nachstehende Entschließung angenommen:

„Die heutige Kundgebung der Erwerbslosen, die von den Arbeitern aus den Betrieben unterstützt wurde, protestiert auf das Schäftsbezirk gegen die Verschärfung der Anträge der Erwerbslosen und gegen die mangelschäftsbezirk Behandlung durch Gemeinden und Parlamente. Es brandmarkt das Treiben gewisser Agenten, die unbehindert von der Polizei verüben. Erwerbslose zu weit unter Tarif stehenden Löhnen zu vermittelnen. Die Erwerbslosen geloben, zusammen mit den im Betriebe befindlichen Arbeitern, den Kampf für den Gewerkschaftstag und höhere Löhne und Arbeit für alle Arbeitnehmer fortzuführen bis zum Sieg der arbeiterfeindlichen Züger-Freiemann-Regierung. Die Erwerbslosen warnen die verantwortlichen Stellen, mit den Interessen der hungernden Erwerbslosen-Zögblüder zu treiben und erwarten von den Gewerkschaften emphatische Kampfmaßnahmen zur Bekämpfung der ärztesten Not und fordern alle Arbeitnehmer auf, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.“

Kundgebung in den Produktionsbezirken — Bekämpfung der Sparsamkeit — sofortige Durchsetzung von großzügigen Arbeitnehmerkämpfen zu Tariflohn bei aufwendiger Arbeitszeit — Verdopplung im Höhe von mindestens 50 Mark und Erhöhung der Gewerkschaftsunterstützung um 50 Prozent und weitere dringende Forderungen.

Die Erwerbslosen befürchten ihren Willen, vollständig Mitglieder der freien Gewerkschaften werden zu wollen und erwarten von dem ADGB, die Bekämpfung aller Hindernisse, die dem Ausbau großer starker Massengewerkschaften im Überseeschen im Wege sind. Die Kollegenschaft, die einen Schäftsbezirk präzisierte, da in Berlin selber nur 15 Prozent der Kollegenschaft ausgestattet sind.

Die Breslauer werden für Sohlen 10 Pf. bis 120 Pfund gesetzt,

beim Schäftsbezirk unter den nachstehenden Löhnen fortzuführen, gelten hiermit als zum 26. März d. J. entlassen.

Vollwertige männliche Arbeiter über 20 Jahre 43 Pf., über 19 Jahre 36,75 Pf., über 18 Jahre 31 Pf., Vollwertige weibliche Arbeiter über 18 Jahre 26 Pf., unter 18 Jahren 23,75 Pf. Die soziale Zulage beträgt wie bisher 2 Pf. (Gegenseitig den bisherigen Löhnen bedeutet dies einen Abbau um 5 Pf. pro Stunde.)

Eine Erklärung über die Bereitswilligkeit zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bei Aufrechterhaltung der bisher erworbenen Rechte unter Anerkennung der oben aufgeführten Löhne ist spätestens bis zum 22. März d. J. nachmittags 5 Uhr im Büro abzugeben. Wird auf dem Büro eine Erklärung weder persönlich noch schriftlich abgegeben, so gilt die Rückerfordigung als angenommen. Zügerfabrik Kreuzburg.“

In einer Verhandlung mit dem Betriebsrat wurde ihm erklärt, daß er nichts mehr zu sagen habe.

Den Kapitalisten schwört der Raum. Es ist höchste Zeit, daß die Werkstätten die Einheitsfront schließen und zum Angriff übergehen.

Der Kolosseum Jubiläum als Diktator auf den Hermannsburger Gründen

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In den letzten Tagen haben hier die Wahlen der Bet

Waldenburg, gegen 10 Uhr morgens 3.000. Der Mann, der verdeckt war, rief: "Herr Schmitz, ich bin Ihr Sohn, ich bin Ihr Vater." Darauf kam ein langer Schrei über den Platz. Die 3000 Menschen, die sich auf dem Platz befanden, schreien: "Vater, Vater, Vater". Ein junger Mensch, der einen blauen Mantel trug, trat auf den Platz und rief: "Vater, Sie sind unser Vater".

Der Vater schreit: "Nein, ich bin kein Vater, ich bin ein Sohn".

Die Menschen schreien: "Vater, Vater, Vater".

Schles. Rundschau

Waldenburg. Selbstmordversuch durch Starkstrom. Ein Verbandsmäder, der sich durch Starkstrom zu töten versuchte, erstickte in der Nähe des Autostadions einen Wust der Stromschwärme und erschaffte den Fahrerbrat. Er starb mit schweren Brandwunden ab.

Wittenberg. Das ganze Gefüge gellt laut. In Wittenberg führen nachts Einbrecher mit einem Wagen vor dem Wessigkastell den Stahlhaken. Schlachten 65. Siede Gefüge und entfachen damit unerlaubt. Sollen das die Vorbereitungen zum Osterhaus sein?

Heideberg e. Lü. Durch brennendes Fett verbrannt. Als das in Querbach arbeitende Dienstmädchen Andersen einen Feuerherd auslassen auf der Herdplatte in Brand geraten, fällt sie herunter, lädt die Flammen hell auf. Das Mädchen erlitt schwere Verbrennungen. An ihrem Ausflommen wird gezwiebelt.

Wittenberg. Strelitz - Gemeindevorsteher. Ein nicht alltäglicher Vorfall hat sich in Strelitz ereignet. Wegen nichtbeauftragter Gehaltsaussetzung legte der Gemeindevorsteher Strelitz sein Amt nieder und fuhr die Gemeindeleuten auf einem Motorwagen in das Gothaer „Zum goldenen Frieden“. Ein Gemeinschaftsakt doch dieser Gemeindevorsteher. Dass er die Alten angesehen auf den Motorwagen geladen hat, soll sicher keine bisherige Tätigkeit imponieren. Den ganzen Mittag aber fährt dieser „friedliche“ Mensch in dem „Goldenen Frieden“.

Breslau. Opfer der Autotaxe. Ein schweres Unglück ereignete sich vorgestern nachmittag. Ein Breslauer Auto überfuhr an der Chaussee nach Reichen den zur Schule gehenden siebenjährigen Sohn des heiligen Lehrers W. Das Kind trug so schwere Verletzungen davon, dass es bald verstarb.

Hindenburg. Gräßliches Unglück. Auf der Autobahn verunglückt ist auf dem Montagwochenmarktplatz der 15 Jahre alte Silvester Garzozz. Dem Knaben drang beim Abreisen ein etwa 30 Zentimeter langes eines Kinderarmbandes 10 cm unterhalb des Gesichts in den Leib und trat zwischen Rippen wieder heraus. Am Städteischen Krankenhaus konnte der Fremdkörper zwar durch einen schwierigen operativen Eingriff entfernt werden, doch ist der Verletzte bald daran gestorben.

Ein hartes Urteil. Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte hier am Montag der frühere Intendant Heinrich Kölle aus-

Einhaltungswerte billige Lebensmittel!

Amer. Schmeischnitz	kg 0.55
Bosfile, wie feinste Schnitz	kg 0.80
Amerik. Rinder Rüdenfleisch geräuchert	kg 1.10
Teufel-Margarine	kg 0.50 0.30
Schulz'scheit-Margarine Salma	kg 1.00
Rinderfleisch	kg 0.65
Teufelsoftee weiß, Teufel	kg 0.63
F. Auszugwehl	kg 0.22
Sojasoßen	kg 0.25
Brot-Pallaroni	kg 0.40
2.2. Pallaroni	kg 0.65
Haussmacher-Schnittlaubeln	kg 0.30
Gier-Schnittlaubeln	kg 0.45
Brötchen, groß, Brotzeit, große	kg 0.22
Brotzeit, kleine	kg 0.29
Butterscheiben, weiß	kg 0.72
Klemmen, bosnische	kg 0.34
2.2. Schlecken mit Schneidekraut, 2.2. kg 1.00	kg 2.50
Schnittlaubeln, junge	kg 0.68
Spätzle, wie eingefüllt	kg 0.48
Zuckersti mit Orte	kg 0.43
Reiskartoffeln geköpft frisch	kg 0.45
Süßigkeiten	kg 0.35
Thunerker	kg 0.59
Kämmen, klein	kg 0.95
Getreismühler, angeklebt	kg 0.39
Hering in Gelee	kg 0.50
1 kg 0.40 0.30 3.25	kg 0.50

Stieblers Kaffee

im von ausgeprägtem Rohrgewürz

Stk.	2	3	4	5	6
1/ kg	3.20	3.60	3.80	4.20	

Otto Stiebler

Breslau, Zwingerplatz 5
mit 28 Galerien

Pfeiffers Bierstuben

„Zum goldenen Kreuz“

Görlitz, Langenstraße
empfiehlt seine Lokalitäten
einer gütigen Beachtung

Vorlesestube Einkaufsquellen

von Meni, Kolonialwaren
Tabak, Zigarren, Zigaretten
und die gute R. F. B.

Paul Fehler Marktissa a. o.

Uten-Reparatur-Werkstatt

Reparatur und Verkauf
von Uhren

Gold- und Silberwaren

Ad. Glasmann, Sonnenblau?

Auf Teilzahlung!

In bequemen An- u. Abzahlungen
Referenz

Herren- u. Damen-Garderobe
Kleiderstoffe, Bettbezüge u. Tüchlein
sowie Güter aller Art

Albert Goldstein
Rauschfe derstrasse 18

Halt! Halt!

Gelegenheitskauf!

Großer Kosten-Zigaretten

End von 4 Pkg. an empfiehlt

Fritz Hanisch, Görlitz

Weberstr. 11 Klosterplatz 3

Argus-Lichtspiele

Fellhammer

Von Freitag bis Montag

Pat und Patachon im Zirkus

Gutes Beiprogramm

W. Wiebach, Görlitz

Drechslermeister
Demianiplatz Nr. 34-35

gegenüber dem Stabtheater

Spazierläufe, Regenschirme

Zabald einen
empfiehlt solid und dauerhaft

Heinrich Scholz

Gegr. 1880

Hospitalstrasse 4

empfiehlt

Butter, Eier, Margarine, Käse

1906

Die billigen u. günstigen Bezugssachen

Jacobowitz

BEUTHEN GLEIWITZ

TARNOWITZERSTR. 55

WILHELMSTR. 55

Viktor Deutsch

BEUTHEN

Krakauer Strasse 9

Fernmel. Nr. 121

Lager sämtlicher französische

Spezialität. Schreibmaschinen

Erstklass. Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate, Kinderwagen

Der werten Kaufmannschaft von Görlitz und Umgegend zur Kenntnis, dass sich ab 1. April die Geschäftsstelle II. Buchhandlung der Görlitzer Arbeiter-Zeitung nicht mehr Nikolaistraße 11, sondern Görlitz, Lunitz 6, befindet. — Telefon 2384

Schauspielhaus

Breslau Operettebillets

Telephone Stephan 27 400

Dienstag, Donnerstag u.
Sonntagsabend, abends 8 Uhr
Anton Waller Jankuhn
in neuer Vorbereitung

Der Vetter aus Dingsda

Montag, Mittwoch und
Freitag abends 8 Uhr:

Auftritt Anton Waller Jankuhn

Paganini

Sonntag,
nachmittag 3½ Uhr
Der Zigeunerbaron

Stadt-Theater

Breslau

Telephone Kling 1204 u. 6815

Spieldau 21. März bis 28. März

Sonntag, nachmittags 11½ Uhr
11. (musikalische) Morgenstunde

Kompositionen von Josef Marx

Symphonische Nachtmusik

für großes Orchester

Dirigent: Fritz Cortelezis

Sopran- und Baritonlieder

Kate Heibersbach, Karl Aug. Reumann

Am Flügel: Der Komponist

kleine Freie

abends 7½ Uhr

Die Fledermaus

Mittwoch, abends 7½ Uhr

Die vier Sodome

Donnerstag, abends 8 Uhr

Untermaja

Freitag, abends 7½ Uhr

Jenna

Sonnabend, abends 7½ Uhr

In vollständiger Neuinszenierung

Offizie

Sonntag, nachmittags 3½ Uhr

Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten

Preisen

Der Barbier von Sevilla

abends 7 Uhr

Lohen: rin

Der geehrte Geschäftswelt
von Brieg und Umgegend zur
Kenntnis, daß wir unserem
Herrn Flegel
wohnhaft in Brieg, Feldstr. 60
mit der Inseraten-Aquisition
für den dortigen Platz be-
auftragt haben

Bettlederhaus Lieblich
Rene Zeughausstr. 1a, 1. Stöcke
heielt in: Fertige Betten
Bettdecken = Dänen
Kleids = Wäsche
große Auswahl, gute Qualitäten
Billigste Preise.

Mandolinen,
Lauten, Geigen, Zieh-
harmonikas, Sprech-
maschine, Neueste
Schallplatten 178
von Mr. 178
Jazzbands
Erstklassige Ware,
Solid Preise.
Teilezungen.

Schindler & Co., Breslau
Schmiedewerk 36 am Fischmarkt

Oskar Baum
Breslau, Sternstr. 77
Ecke Friedwigsstraße
Wäsche, Schürzen, Kleider

LiLo Theater

Montag März 1920
• **Wien**
Gastspiele
der größten

Varieté Sensa-
tionen
der Welt

Karl Uvar
Wiens
bester Komiker

Rastelli
Der Einzige, alle
erreichte
Das 8. Weltwunder

Reeves und Reeves
4 KAETH'S 4
Andreux-Truppe
Aragon Allegri
MARIAH
Pool, René u. Body

Charly-Rivels

Die Sorgenbächer
am fliegend, Trapeze

Das beste Pro-
gramm zu billigen
Preisen v. 75 Pf. an

Jeden Sonntag
nachm. 3½ Uhr

Nachmittags-
Vorstellung

auch für Jugendliche
zu halben Preisen!

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei Gutsche — überall empfohlen

Albert Gutsche
Breslau, Reisches ralle 29-31
Leistungsfähige Leder- u. Schuh-
Bedarf Artikelhandlung Schlesiens

Filialen: Gräbschener Straße 19-21

Moltkestraße 14

sowie alle anderen Fleisch- und
Wurstwaren zu billigen Preisen
empfiehlt

Billigste

Lebensmittel

reelle Bedienung

Albert Gofsch

Breslau 10

Herzogstraße Nr. 36

Nikolai-Kaufhaus

Erich Misch

Breslau, Alleestraße 18

Ecke Friedrich-Stadtstraße

Kurz-Weiß-Wollwaren

Ferrenartikel - Wäsche

billigste Preise

Sternigel-Haase-Ausschank

Brauerei Zum Birnbäum

Friedrichstr. 11, neb. Markthalle

Gut gepflegte Biere

billige u. gute Küche

Sonntag von 11-2 Uhr

Gräbschener Konzert

Täglich Musik

Leberbäcker
Garnitur, Brot u. Chleb
der frische Käse

der frische Käse

der frische Käse

Quatsch und Marmitten

Quatsch und Marmitten